

## **Initiativantrag**

**der sozialdemokratischen Abgeordneten  
betreffend**

**Einsatz gegen die Einführung einer diskriminierenden PKW-Maut in Deutschland**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

**Der Oö. Landtag möge beschließen:**

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass - sollte es zur geplanten Einführung der deutschen PKW-Maut kommen - es zu keiner unverhältnismäßigen Benachteiligung österreichischer AutofahrerInnen kommt und die dahingehenden Anstrengungen der österreichischen Bundesregierung unterstützt werden.

### **Begründung**

Am 1. Dezember 2016 verkündeten EU-Komissarin Violeta Bulc und der deutsche Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt Einigung im Streit um die deutsche PKW-Maut. Die bisher bekannten Eckpunkte sind aber keinesfalls geeignet, die Bedenken Österreichs auszuräumen. So sieht der Gesetzesentwurf vor, dass deutsche AutofahrerInnen künftig über die Kfz-Steuer entlastet werden. Diese Möglichkeit wird ausländischen AutofahrerInnen nicht eingeräumt, da sie für die Benützung der deutschen Straßen Vignetten erwerben müssen, dafür aber nicht entlastet werden.

Gerade Oberösterreich ist als unmittelbarer Nachbar besonders von der geplanten Einführung der deutschen PKW-Maut betroffen, da aus den Grenzbezirken Braunau, Ried, Schärding und Rohrbach täglich tausende Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zu ihren Arbeitsplätzen ins benachbarte Bayern pendeln.

Es gilt nunmehr alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Diskriminierung ausländischer AutofahrerInnen im Zuge der geplanten Einführung der PKW-Maut in Deutschland zu verhindern.

Linz, am 23. Jänner 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor, Krenn, Rippl, Bauer, Punkenhofer, Promberger, Müllner, Binder, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Schaller**